



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 531 Anfrage Müller Pius und Mit. über muss die Volksabstimmung zum Bau eines kantonalen Verwaltungsgebäudes mit 1300 Büroarbeitsplätzen am Seetalplatz sistiert werden? / Finanzdepartement

Die Anfrage A 531, die Botschaft B 69, die Anfrage A 455 von Daniel Keller über das kantonale Verwaltungsgebäude in Emmen und die Anzahl der Arbeitsplätze, die Anfrage A 474 von Dieter Haller über mögliche Auswirkungen von Homeoffice-Plätzen auf das kantonale Verwaltungsgebäude in Emmen, die Anfrage A 505 von Josef Wyss über coronabedingte Veränderung der Arbeitsmodelle und deren Auswirkung auf das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz, das Postulat P 517 von Meta Lehmann über Photovoltaikmodule an der Fassade des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz und die Anfrage A 563 von Armin Hartmann über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald an den Seetalplatz und Sursee als zweites Zentrum des Kantons werden als Paket behandelt.

Weitere Voten sind im Protokoll der [Botschaft B 69](#) und der [Anfrage A 563](#) zu finden.

Pius Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Pius Müller: Hat Corona etwas verändert? Sie gehen wohl mit mir darin einig, dass diese Frage nur mit einem Ja beantwortet werden kann. Vieles, ja ganze Branchen haben sich verändert. Viele Unsicherheiten führten zu Existenzängsten von Mitarbeitern und damit verbunden zu vielen psychischen Erkrankungen. Der Markt hat sich verändert. Früher frei verfügbare Güter, und damit meine ich nicht das Toilettenpapier, wurden zur Mangelware. Die meisten Rohstoffe haben sich stark verteuert, und es sieht nach einer weiteren Verteuerung aus. Zusätzlich sind die Mieten von Geschäftsliegenschaften zum Teil bis auf einen Drittel der Vor-Corona-Werte gesunken. Viele leerstehende Objekte bestätigen diese Entwicklung. Dies sind nur einige Beispiele von Entwicklungen, die sich vor eineinhalb Jahren noch niemand vorstellen konnte. Wie sieht es die Luzerner Regierung? Die Antworten auf meine Anfrage lassen den Schluss zu, dass diese Entwicklung an unserer Regierung und der Verwaltung vorbeigegangen ist. In keiner Antwort zu meiner Anfrage nimmt die Regierung Stellung zu den Preisaufschlägen. Jetzt ist Transparenz angesagt, und die Weiterentwicklung ist an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Eine Botschaft an die Luzerner Stimmbevölkerung muss für die Abstimmung angepasst an die aktuellen Gegebenheiten vorgelegt werden. Die Preisentwicklung für Mieteinnahmen für die kantonseigenen Objekte, die frei werden, sowie für Flächen am Seetalplatz ist laut Regierungsrat schwer abzuschätzen. Dieser Wert ist aber mitentscheidend für die Berechnung eines versprochenen Synergiegewinns. Die Kostenentwicklung in der Holzbranche und im Kunststoff- und Stahlhandel ist extrem, aber so bis zum heutigen Zeitpunkt nicht in den Gesamtkosten berücksichtigt. Somit wird das ganze Projekt um einiges verteuert. Wenn der Staat zusätzlich zur grossen privaten Bautätigkeit auch noch

grosse Investitionen generiert – über 2 Milliarden Franken in den nächsten Jahren –, verfügen wir dann überhaupt noch über genügend Kapazitäten in der Luzerner Bauwirtschaft, oder wandern dann die Aufträge nicht an ausserkantonale, ja sogar an ausländische Baufirmen ab? Im Sinn der Förderung der Luzerner KMU sollten diese Überlegungen mit einbezogen werden. Es geht gerade in der Nach-Corona-Zeit darum, den Steuerfranken nachhaltig in die Luzerner Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze zu investieren.

Simon Howald: Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren massiv verändert, durch die Covid-Situation hat sich dies noch zusätzlich akzentuiert. Ein Festhalten am langjährigen Bewährten ist aus Sicht der GLP nicht die richtige Strategie. Wir müssen mit der Zeit gehen und die Arbeitsbedingungen stetig an die neuen Bedingungen anpassen. Dabei sollen die Erfahrungen aus dem Lockdown berücksichtigt werden. Die GLP steht hinter der Work-Smart-Charta, und wir begrüessen das geplante Open-Space-Bürokonzept. Es wird nach und nach auch in der Privatwirtschaft zum neuen Standard. Abgesehen von der flexiblen Verwendung der Räumlichkeiten bietet das neue Bürokonzept eine motivierende Umgebung für die Mitarbeitenden. Die Umstellung auf die neue Arbeitsumgebung ist jedoch nicht zu unterschätzen. Die GLP-Fraktion fordert, dass die Mitarbeitenden eng begleitet und mit Weiterbildungen unterstützt werden. Auch Coaching soll bei Bedarf punktuell eingesetzt werden. Nach Meinung der GLP sind auch die Reserveflächen sinnvoll, um zukünftige Entwicklungen auffangen zu können. Vorübergehend können diese Reserveflächen an Dritte vermietet werden. Die Lage dieser Büroflächen am Seetalplatz ist mit der guten Anbindung an den öffentlichen Verkehr sehr attraktiv. Bezüglich Kommunikation sieht der Regierungsrat zukünftige Synergien durch den Zusammenzug verschiedener Bereiche im zentralen Verwaltungsgebäude. Das sehen wir grundsätzlich ebenfalls so. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Kommunikation zwischen der Verwaltung am Seetalplatz und der Regierung im Regierungsgebäude bewusst gepflegt und institutionalisiert wird. Was die Covid-Situation betrifft, so muss die gesundheitliche Sicherheit im neuen Verwaltungsgebäude von Anfang an gewährleistet sein. Die entsprechende Infrastruktur muss sinnvoll geplant und das Infektionsrisiko laufend überprüft werden. Die vom Regierungsrat angekündigten Kosteneinsparungen gegenüber der heutigen Situation nehmen wir gerne zu Kenntnis. Alles in allem unterstützt die GLP-Fraktion diese Investition und sieht keinen Grund, die Volksabstimmung als Ganzes oder den Abstimmungstermin infrage zu stellen.

Anja Meier: Die Bedenken des Vorstössers, dass das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz in seiner geplanten Form wegen der pandemiebedingten Homeoffice-Welle überdimensioniert ist, teilt die SP nicht. Die personalpolitischen Bedürfnisse haben sich zwar durch Corona geändert, sind jedoch nicht radikal anders. Die Antwort der Regierung zeigt in unseren Augen zufriedenstellend auf, wie das mobil-flexible Arbeiten in der laufenden Planung integriert wurde und sich auch in einer zeitgemässen und anpassungsfähigen Infrastruktur widerspiegeln soll. Arbeitsplätze werden geteilt und flexibel genutzt. Das Verwaltungsgebäude ist für das Personal nach wie vor sehr wichtig und hat im Vergleich zur jetzigen Situation das Potenzial, zu Verbesserungen in diversen Bereichen beizutragen. Doch das entbindet den Kanton nicht von seiner Verantwortung, dieses Potenzial auch zu nutzen. In den Augen der SP sind hier insbesondere zwei Punkte wichtig: Erstens braucht es nebst der Investition in die Hülle auch eine Investition in den Inhalt. Die Zusammenführung der verschiedenen Abteilungen unter das gleiche Dach bedeutet gewissermassen auch eine neue Zeitrechnung für das betroffene Personal. Doch wenn verschiedene Einheiten örtlich zusammengeführt und Arbeitsmodelle umgestellt werden, dann muss sich auch die Personalkultur entsprechend verändern. Es geht darum, die neue angestrebte Zusammenarbeitskultur und Mentalität bewusst ins neue Verwaltungsgebäude hineinzutragen und den gegenseitigen Umgang der neu zusammengeführten Mitarbeitenden aktiv zu fördern und zu begleiten. Bisher nach innen gerichtete Prozesse und Denkweisen müssen geöffnet werden und übergreifend stattfinden. Dafür ist insbesondere auch die Sensibilisierung der Führungskräfte wichtig, damit sich der erlebte Arbeitsalltag auch wirklich wie eine Fusion unter einem Dach anfühlt. Wir plädieren stark dafür, dieser Debatte mit den

Mitarbeitenden vor Ort auch genügend Raum zu geben. Zweitens sind die beabsichtigte Beibehaltung und Förderung des mobil-flexiblen Arbeitens erfreulich. Doch das immer agilere Staatspersonal arbeitet auf der Basis eines eher starren Personalgesetzes, welches Homeoffice kaum regelt und sehr auf das Arbeiten im Büro ausgerichtet ist. In den Augen der SP ist jetzt die angemessene Zeit, dies zu ändern. Arbeits- und Ruhezeiten im Homeoffice, Gesundheitsschutz, Erreichbarkeit, die Vergütung der mit dem Homeoffice verbundenen Auslagen, die Zurverfügungstellung von Arbeitsgeräten und Material – all dies soll in unseren Augen besser im kantonalen Personalgesetz verankert und geregelt werden. So schaffen wir Klarheit und Sicherheit für den Kanton als Arbeitgeber wie auch für die Mitarbeitenden. So lassen sich auch gewisse Bedenken in dieser Ratsdebatte entkräften.

Fabrizio Misticoni: Ich werde mich ganz kurz allgemein zu den zurückgezogenen Anfragen äussern und dann auch noch auf die verbliebene Anfrage zu sprechen kommen. Die Antworten der Regierung zeigen auf, dass der Prozess, welcher mit der Unterzeichnung der Work-Smart-Charta angefangen hat, im geplanten Verwaltungsgebäude konsequent weitergeführt wird. Es werden nicht einfach Grossraumbüros gebaut, sondern es wird mit dem Open-Space-Office-Konzept auch eine neue Zusammenarbeitskultur angestrebt. Gegenseitiges Vertrauen, neue Führungsmodelle, steigende Flexibilisierung und ergebnisorientierte Zusammenarbeit sind gewünschte Arbeitsmodelle der Zukunft. Für die Grünen und Jungen Grünen sind diese Pläne stimmig, und wir unterstützen sie. Um diese hohen Ziele zu erreichen, braucht es viel Offenheit auf allen Hierarchiestufen der Verwaltung und auch einen Effort im Organisationsmanagement. Zum Schluss zur offenen Frage von Pius Müller in seiner Anfrage bezüglich des Abstimmungsdatums: Aus Sicht der G/JG-Fraktion gibt es keine gravierenden Gründe, welche eine Abstimmung im Jahr 2021 verunmöglichen würden. Die Befürchtungen des Anfragenden können wir nicht teilen. Falls es entgegen den Äusserungen der Regierung doch noch Anpassungen bräuchte, gehen wir nicht davon aus, dass diese so gravierend wären, um den Bau- und Kreditrahmen oder das Projekt allgemein infrage stellen zu müssen.

Josef Wyss: Die Fragen von Pius Müller sind durchaus berechtigt, ich habe ähnlich gelagerte Fragen in meiner Anfrage gestellt. Aber Sie können versichert sein, dass wir genau diese Fragen während der Beratung in der VBK ausführlich diskutiert haben. Der Regierungspräsident würde vielleicht sogar sagen, dass wir penetrant nachgefragt haben. Schlussendlich konnte ich mir bezüglich verschiedener Punkte von Projektleiter Franz Müller versichern lassen, dass das Projekt sehr gut aufgegleist ist. Wichtig ist, dass auf die coronabedingten Veränderungen reagiert wurde. Die Erkenntnisse sind in das Projekt eingeflossen und wurden antizipiert. Zukünftige Veränderungen, denen wir zwangsläufig unterworfen sind, kann mit einer solchen Infrastruktur Rechnung getragen werden. Schlussendlich noch zu den Kosten: Diese könnten eventuell durch rohstoffbedingte Veränderungen noch etwas höher sein. Das wissen wir nicht. Es hätte niemand erwartet, dass die Preise der Baumaterialien in diesem Umfang ansteigen. Wir selber investieren im Moment auch einen höheren Betrag in eine neue Käseerei in Emmen. Auch wir sind mit solchen Veränderungen konfrontiert. Diese kann man nicht vorhersehen. Vielleicht sinken die Preise schnell wieder, das wissen wir nicht. Dazu müssen in einem Projekt gewisse Reservebeträge einberechnet werden. Ich finde, dass die Regierung die Fragen gut beantwortet hat, und ich habe diesbezüglich ein gutes Gefühl.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich möchte mit der Grundsatzfrage beginnen, ob der Abstimmungstermin aufgrund der Auswirkungen von Corona verschoben werden soll. Ich meine gerade nicht. Gerade auf das Modell des flexiblen Arbeitens, das mit Corona natürlich viel verstärkter Einzug gehalten hat, ist dieses Verwaltungsgebäude die richtige Antwort. Wir sind der Ansicht, dass es wichtig ist, dass wir gerade darum an diesem Termin festhalten wollen und das Projekt vorantreiben können. Es sind neue Anforderungen, denen wir mit diesem Projekt Rechnung tragen wollen. Bezüglich Vermietbarkeit der Flächen betone ich gerne noch einmal, dass es nicht in erster Linie kantonale Flächen sind, die frei werden. Es sind Gebäulichkeiten Dritter, und es ist nicht unsere Aufgabe, darauf zu reagieren. Zur

Preissicherheit: Sie haben es in der Aufstellung in der Botschaft B 69 gesehen: Auf der einen Seite haben wir sicher eine angemessene und ausreichende Reserve offen ausgewiesen, um auf mögliche Veränderungen im Projekt reagieren zu können. Es ist so, dass die Preise jetzt reagieren, aber es weiss heute niemand, wie die Preise dann sein werden, wenn wir den Bau effektiv realisieren. Wir gehen hier wie immer vor. Es gibt eine Submissionsphase. Wir haben entsprechend – selbstverständlich unter Vorbehalt der Zustimmung der Bevölkerung – den Preis mit dem Unternehmer fixiert, und sollte es da massgebliche Verschiebungen geben, dann wird das mit der Teuerung offen ausgewiesen. Das ist ein Prozess, den Sie bei den öffentlichen Bauabrechnungen bereits kennen. Aber heute einfach noch eine zweite Submission durchzuführen, würde daran gar nichts ändern. Der Prozess bleibt der gleiche. Auch die heutigen Preise können sich in den kommenden Monaten wieder verändern, und dann wird das gleiche Verfahren angewendet. Wir gehen hier nach dem üblichen Vorgehen vor. Es gibt aus Sicht der Regierung keinen Grund, hier einen Marschhalt einzulegen.